Alexander Föhr
Mitglied des Deutschen Bundestags

Bericht aus Berlin
Mai 2023

Liebe Leserinnen und Leser,

einmal mehr stand in dieser Woche das Thema Asylpolitik ganz oben auf der politschen Agenda. Der Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt diese Woche hat vor allem eines gezeigt: Deutschland ist am Rande des Leistbaren angekommen. Alle 16 Bundesländer haben geschlossen ein Papier verabschiedet, in dem eine größere Unterstützung durch den Bund gefordert wird. Ich kann diese Forderung nur unterstützen, denn die Hilferufe und Überlastungsanzeigen der Kommunen und Ehrenamtlichen vor Ort müssen ernst genommen werden.

Ein weiteres Thema, mit dem ich mich bei mehreren Veranstaltungen erneut auseinandergesetzt habe, ist der Fachkräftemangel und die mögliche Lösungsansätzen. Auch die Herausforderungen von Künstlicher Intelligenz waren mehrfach Thema bei Gesprächen. Am vergangenen Freitag hatte ich dazu einen Vortrag gehalten, den Sie hier finden.

Zu meinen persönlichen Highlights dieser Woche zählte zweifellos meine Rede im Deutschen Bundestag zum AfD-Antrag zum Thema „Akademische und berufliche Bildung gleichstellen – Unser Land braucht Meister“, die Sie sich hier anschauen können.

Auch meine Gesprächstermine mit Ralph Brinkhaus sowie mit Friedrich Merz waren ebenso wie eine Gesprächsrunde mit NRW-Ministerpräsident Hendrick Wüst sehr interessant und haben Standpunkte und Sichtweisen gezeigt, für die wir als Volkspartei stehen.

Viel Freude beim Lesen!

Ihr

Alexander Föhr

Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt

Keine Lösungen in Sicht

Nun also doch: Nach monatelangem Zögern hat Bundeskanzler Scholz am 10. Mai endlich die aktuelle Migrationskrise zur Chefsache gemacht und die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin zu einem Gipfeltreffen eingeladen. Es wurde auch Zeit! Gemeinsam mit meinem Kollegen Moritz Oppelt hat bereits vor zwei Monaten ein Termin mit über 30 Bürgermeistern unserer Heimatregion stattgefunden, bei dem wir erfuhren, wie groß der Handlungsbedarf ist. Schließlich tragen die Kommunen die Hauptlast dieser Situation. Egal welches Herkunftsland und welcher Leistungsanspruch, sobald die Personen auf die Kommunen verteilt werden, muss der Wohnraum bereitgestellt werden und die Integration soll beginnen. In den ersten vier Monaten des Jahres wurden bereits 110.516 Asylanträge in Deutschland gestellt. Zusätzlich haben weiterhin über eine Million ukrainischer Kriegsflüchtlinge bei uns Zuflucht gefunden, mehr als in jedem anderen Land der EU.

Deutschland ist ein starkes und hilfsbereites Land. Unser christliches Menschenbild gebietet die Unterstützung für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge. Die anhaltend hohe Hilfsbereitschaft der Bevölkerung unterstreicht diese Haltung eindrucksvoll. Gerade die Kommunen leisten in dieser Zeit Außergewöhnliches, stoßen aber an ihre Belastungsgrenzen.

Die Maßnahmen, die Bundeskanzler Scholz nun zur Unterstützung der Kommunen vorschlägt, sind jedoch offensichtlich völlig unzureichend: keine Begrenzung des irregulären Zuzugs, keine schnelle Entlastung der Kommunen, keine weiteren Zusagen für eine langfristig planbare finanzielle Unterstützung.

Wir fordern deshalb: Diese Placebo-Politik muss enden. Wir brauchen jetzt: kurzfristig wirksame Maßnahmen für eine Begrenzung des irregulären Zuzugs nach Deutschland wie lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz (analog zu denen an der Grenze zu Österreich, die seit Monaten stattfinden), solange die zu hohe Zahl illegaler Einreisen anhält. Darüber hinaus müssen wir gemeinsam mit den Staaten und Institutionen der Europäischen Union kurzfristig konkrete Maßnahmen für einen deutlich effektiveren EU-Außengrenzschutz umsetzen.

Langfristig muss der Bund die Kommunen über die bereits zugesagten Einmalzahlungen hinaus finanziell unterstützen. Ein absolutes No-Go: Kanzler Scholz hat dafür erst einmal eine Arbeitsgruppe eingesetzt und das nächste Treffen mit den Länderchefs auf November terminiert. Zu wenig und zu spät! Das lässt sich als Fazit zu den Gipfelbeschlüssen festhalten. Immerhin: Die Einsicht, dass es sich um eine gemeinschaftliche Aufgabe handelt und der Bund dauerhaft Unterstützung leisten muss, das hat der Bundeskanzler in der Beschlussvorlage schriftlich dokumentiert. Wir werden ihn daran erinnern!

Immer Ärger mit Habeck

Heizungspläne und Vetternwirtschaft lassen das Wirtschaftsministerium nicht zur Ruhe kommen

Kaum denkt man, schlimmer wird's nicht, kommen wieder neue Nachrichten aus dem Wirtschaftsministerium. Aber der Wirtschaftsminister bleibt Antworten über den Umgang mit den persönlichen Verflechtungen im Bundeswirtschaftsministerium, nachgeordneten bundeseigenen Unternehmen und Zuwendungsempfängern schuldig. Das Berufungsverfahren des Geschäftsführers der „dena" verstößt gegen rechtsstaatliche Standards. Es scheint so, als würde bei der Personalauswahl statt auf Fachexpertise auf Verwandtschaftsverhältnisse und Ideologie gesetzt. Das führt zu realitätsfremden Gesetzen – wie dem Heizungsverbot. Die Ampel verunsichert mit ihrem andauernden Streit Bürgerinnen und Bürger, Handwerkerinnen und Handwerker, Wohnungs- und Baubranche sowie die Industrie. Die Befragung in der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Wirtschaft sowie Klimaschutz und Energie war enttäuschend. Habeck verschleppt und verharmlost.

Auf Verlangen unserer Fraktion fand deswegen am Mittwoch Nachmittag eine aktuelle Stunde zum Thema „Vertrauensverlust im Klimaschutz verhindern – Konsequenzen aus den familiären Verflechtungen in der Personalpolitik unter Bundesminister Habeck ziehen" statt. In der Debatte wurde mir vor allem eines deutlich: Die Doppelmoral mancher Abgeordneten der Grünen kennt keine Grenzen.

CDU/CSU haben zudem einen Leitantrag „Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung ohne soziale Kälte" eingebracht. Denn für uns ist klar: So, wie die Ampel die derzeitige Energiewende plant wird es nicht funktionieren.

Wir als Union wollen alle mitnehmen und stehen für Technologieoffenheit: Neben der Wärmepumpe muss die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wärmenetzen über Bioenergie, Abwärmenutzung und Geothermie bis hin zu Wasserstoff – genutzt werden. Wir setzen auf „Fordern und Fördern" statt auf „Verbieten und Verordnen". Die CO2-Bepreisung mit sozialem Ausgleich ist das Leitinstrument. Den Bürgerinnen und Bürgern bleibt die Entscheidung über den Weg zur CO2-Einsparung überlassen. Eine angemessene und verlässliche Förderung schützt die Bürgerinnen und Bürger vor finanzieller Überforderung. Hoffen wir, dass auch bei Minister Habeck die Einsicht einkehrt, dass es bei politischen Entscheidungen immer wichtig ist, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und nicht nur dann, wenn es den Grünen gerade in den Kram passt.

Gespräche mit unserem Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz und früheren Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus

In dieser Woche hatte ich die Gelegenheit, ein Vier-Augen-Gespräch mit unserem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz zu führen.Wir haben uns dabei vor allem über die Rolle der Union als größte Oppositionspartei im Bundestag sowie meine Ausschussarbeit ausgetauscht. Friedrich Merz hat mir volle Unterstützung bei meiner Arbeit zugesichert und betont, wie wichtig es ist, dass sich die jeweiligen Berichterstatter mit hoher Intensität auf ihre Themen konzentrieren, damit wir die einzelnen Bereiche auch mit Sachkompetenz bearbeiten und die Ampel inhaltlich herausfordern können.

Friedrich Merz erzählte mir zudem, dass er unseren Wahlkreis schätzt und betonte, wie schön er unsere Heimat findet. Das stieß er bei mir natürlich auf große Gegenliebe und wir waren uns einig, dass wir alles daran setzen, das Bestmögliche zu erreichen und dass der Wahlkreis in der kommenden Legislaturperiode von Anfang, durch einen CDU-Abgeorneten im Bundestag vertreten sein wird.

Auch mit Ralph Brinkhaus habe ich mich in dieser Woche zu einem Gespräch getroffen. Mir ist dabei vor allem deutlich geworden, dass unsere Partei und Fraktion es geschafft hat, verschiedene Ansichten und Richtungen zu vereinen und Grabenkämpfe zu beenden, denn uns alle eint das Ziel, Deutschland wieder nach vorn zu bringen und das Leben jeder und jedes Einzelnen zu verbessern. Um das zu erreichen, muss es uns gelingen, in 2025 wieder stärkste Kraft zu werden. Dieses gemeinsame Ziel schweißt uns zusammen und motiviert uns.

Treffen der Gruppe 21 – Austausch mit Ministerpräsident Wüst

Vernetzung ist einer der wichtigsten Punkte, um in Berlin erfolgreich arbeiten zu können. Der Wissenstransfer zwischen den Abgeordneten und deren Büros funktioniert sehr gut, hat aber sehr viel mit persönlichen Kontakten zu tun. Neben den verschiedenen Arbeitsgruppen gibt es auch eine besondere, eher privat initierte Gruppe, die sogenannte „Gruppe 21“. Dahinter verbergen sich alle CDU/CSU-Bundestagsabgerodenten, die in dieser Legislaturperiode erstmalig in den Bundestag eingezogen sind. Das besondere an dieser Gruppe ist nach meinem Empfinden, dass wir alle einen neuen, unverfälschten Blick auf den Plenarbetrieb und die Arbeit der Fraktion haben. Alle bisherigen Treffen waren von angeregten Diskussionen geprägt – und natürlich haben wir auch viel Spaß dabei, das gehört schließlich auch dazu. So auch bei unserem akutellen Treffen, an dem Minsterpräsident Hendrik Wüst teilgenommen hat. In lockerer Runde hatten wir in der Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, aktuelle politische Themen sowie die Zusammenarbeit von Bund und Ländern zu diskutieren.

Gleichstellung von akademischer und beruflicher Bildung

Wir brauchen Handwerker!

TOP 6 im Plenum am Donnerstag: "Akademische und berufliche Bildung gleichstellen - Unser Land braucht Meister". Das klingt erst einmal unterstützungswürdig. Der dazugehörige AFD-Antrag erwies sich dann jedoch als äußerst ernüchternd. Auf knapp zwei Seiten wurde eine Bundesratsinitiative aus Bayern kopiert und etwas mehr von dem gefordert, was es schon gibt.

Dabei ist der Fachkräftemangel im Handwerk ein echtes und ernstes Problem. Wir erleben es im Privaten, wenn bei Haus oder Wohnung Reparaturen anstehen. Als Abgeordnete hören wir das Thema ebenfalls von den Unternehmen in unseren Wahlkreisen. Noch in Regierungsverantwortung haben CDU/CSU die Novelle des Berufsbildungsgesetzes, das Aufstiegsbafög und Projekte für attraktive Qualifizierungsangebote auf den Weg gebracht. Auch jetzt in der Opposition sind wir die Partei der beruflichen Bildung. Im letzten Juni haben wir die Regierung aufgefordert, die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Qualifikationen deutlich zu stärken und die Durchlässigkeit zwischen den Berufsbildungssystemen weiter zu fördern. 14 konkrete Vorschläge haben wir dazu unterbreitet. Der vorliegende Antrag der AfD beinhaltete genau 2.

Die Gleichstellung von akademischer und beruflicher Bildung ist wichtig, die Hauptursache des Fachkräftemangels bleibt jedoch der demographische Wandel in unserer Gesellschaft.

Wenn ich Betriebe in meinem Wahlkreis besuche, werde ich immer mit einem Problem konfrontiert: Der Weiterbildungsbedarf ist offensichtlich, doch gleichzeitig sind die Auftragsbücher voll und jede helfende Hand wird im Betrieb gebraucht. Junge Handwerker wiederum fragen mich, wie das mit der Selbstständigkeit klappen soll, wenn es so schwer ist, geeignete Mitarbeiter zu finden.

Was können wir tun, um das Arbeitskräftepotential zu erhöhen? Da gibt es Einiges: die Schulabbrecherquote reduzieren, die Berufsorientierung verbessern, die Weiterbildung stärken und die Prozesse entbürokratisieren, um Menschen wieder Zeit für den Beruf zu geben, für den sie sich entschieden haben. All das und 18 weitere sinnvolle Maßnahmen hätte die AfD in unserem Antrag zur Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften im Inland aus dem vergangenen Oktober nachlesen können. Hat sie aber leider nicht.

Außerdem gilt: Die Fachleute, die wir haben, müssen so gezielt wie möglich eingesetzt werden. Heidelberg beispielsweise ist eine von 112 Modelstädten der EU, die bis 2030 klimaneutral werden sollen. Das ist ambitioniert und braucht Anpacker.

Unsere Agentur für Arbeit sieht die Herausforderung und konzipiert gerade ein Pilotprojekt. Dabei werden Quereinsteiger qualifiziert, um Meister bei der Installation von Solarmodulen oder dem Einbau von Wärmepumpen zu unterstützen. Die Anzahl der Einbauten könnte damit pro Woche fast verzehnfacht werden. Aber Innovatives ist bei Anträgen der AFD nicht zu erwarten."

Die Debatte können Sie hier anschauen.

Deutsch-Französische Zusammenarbeit

In politische Reden wird routiniert die deutsch-französische Freundschaft beschworen. Im Wahlkreis haben wir nicht nur durch unsere georgraphische Lage viele Anknüpfungspunkte mit der Grande Nation, sondern auch durch die vielen lebendige Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden. Und auch auf Bundeseben werden Freundschaft und Zusammenarbeit mit Leben gefüllt.

Am Donnerstagnachmittag hatte die deutsch-französischen Parlamentariergruppe bei einem Treffen 24 junge deutsche und französische Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes im Bundestag zu Gast. Sie sind Teilnehmer eines Programms, das im Jahr 2000 von den Finanzministern beider Länder ins Leben gerufen wurde. Dabei treffen sich die Nachwuchskräfte innerhalb von zwei Jahren zu vier Seminarblöcken abwechselnd in Deutschland und Frankreich. Ziel des Seminars ist es, die jeweiligen Verfassungsorgane, -strukturen und Entscheidungsabläufe des Partnerlandes kennenzulernen, mit hochrangigen Vertretern aus den Bereichen Politik, Verwaltung und Wissenschaft über aktuelle deutsch-französische Themen zu diskutieren und ein bleibendes Netzwerk für die weitere Zusammenarbeit zu bilden.

Meiner Meinung nach eine hervorragende Sache. Auch Freundschaft braucht Pflege und damit die Europäische Union erfolgreich ist, muss der deutsch-französische Motor funktionieren. Dafür setze ich mich sehr gerne ein. Foto ©Abgeordnetenbüro Nicole Westig MdB

Fachkräftemangel bleibt akut

Internationale Studierende als Chance für Deutschland

Diese Woche habe ich in Gesprächen mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und dem Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP) das Thema Fachkräftemangel und mögliche Lösungsansätze diskutiert. In einem Austausch mit Dr. Michael Harms, stellvertretender Generalsekretär des DAAD, ehemaligen Geförderten und Vertreterinnen und Vertretern der Hochschulen sowie der Wirtschaft haben wir über die Herausforderungen in Bezug auf die Fachkräftegewinnung gesprochen. Mit Vertretern vom BAP und Experten aus der Wissenschaft haben wir uns mit der aktuellen Lage sowie der Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung in Deutschland auseinandergesetzt.

Fakt ist: Deutschland braucht mehr gut ausgebildete Zuwanderer. Deshalb sollten wir die Präsenz von internationalen Studierenden fördern und unterstützen. Angesichts des gestiegenen Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland muss das Potenzial internationaler Studierender und internationaler Absolventen bei der Rekrutierung von Fachkräften gefördert werden. Viele Unternehmen und Branchen suchen nach qualifiziertem Personal, um ihre Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Internationale Studierende sind eine essenzielle Möglichkeit, um diesen Mangel zu beheben.

Derzeit studieren rund 350.000 internationale Studierende in Deutschland, doch zu wenige bleiben nach Abschluss ihres Studiums. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Menschen in Deutschland bleiben wollen und können. Dafür müssen die praktischen Voraussetzungen verbessert und die richtigen Rahmenbedingungen geboten werden. Dies bedeutet u. a. den Abbau bürokratischer Hürden und den Ausbau von Karrieremöglichkeiten.

Verleihung des Wissenschaftspreises des Deutschen Bundestages

Am Mittwoch habe ich an der Verleihung des Wissenschaftspreises des Deutschen Bundestages teilgenommen. Seit 1997 wird dieser Preis alle zwei Jahre durch den Deutschen Bundestag verliehen. Er würdigt beachtenswerte wissenschaftliche Arbeiten, die dazu anregen, sich mit Fragen des Parlamentarismus auseinanderzusetzen und zu einem besseren Verständnis der parlamentarischen Praxis beitragen. Ein „Pflichttermin“ für uns Mitglieder aus dem Ausschuss für Bildung und Forschung, an dem ich gerne teilgenommen haben.

Dieses Jahr wurden die Politikwissenschaftlerin Mechthild Roos und der Historiker Oliver Haardt mit dem Wissenschaftspreis ausgezeichnet. Mechthild Roos wurde für ihre Arbeit „The Parliamentary Roots of European Social Policy. Turning Talk into Power“ geehrt. Darin beschäftigt sie sich mit den Anfängen des Europäischen Parlaments vor den ersten Direktwahlen im Jahr 1979. Oliver Haardt hat die Auszeichnung für sein Werk „Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs“ erhalten, in dem er sich mit der Verfassungs- und Politikgeschichte des Kaiserreichs von 1871 bis 1918 auseinandersetzt.

Praktikumsbericht

Von Lisa Brunelle

Nun ist es soweit: Nach mehreren Wochen im Berliner Büro des Abgeordneten Alexander Föhr ist meine Zeit als Hospitantin im Bundestag vorbei. Geboren und aufgewachsen in Heidelberg als Deutsch-Französin, wollte ich nach meinem Bachelor- und Masterstudium der Politikwissenschaften in Frankreich und in den USA einen Einblick in den politischen Alltag in Deutschland bekommen - was ich jetzt durch Alexander, Bundestagsabgeordneter für meine Heimatstadt, bestens umsetzen konnte.

Während der programmreichen Sitzungswochen habe ich Alexander bei verschiedenen Terminen begleitet, sei es bei einer AG-Sitzung Bildung und Forschung, einem Hintergrundgespräch mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), einem Frühstückstermin des Bundesarbeitgeberverbands der Personaldienstleister (BAP) zum Thema Fachkräftemangel oder der Verleihung des Wissenschaftspreises des deutschen Bundestages. Gleichzeitig habe ich viel über die Arbeit seines Abgeordnetenbüros gelernt und das Team bei seinen vielfältigen Aufgaben unterstützt, beispielsweise bei der Beantwortung von Bürgeranfragen, der Recherche von Hintergrundinformationen sowie der inhaltlichen Vorbereitung von Podiumsdiskussionen und Hintergrundgesprächen. Mit dem Ende der aktuellen Sitzungswoche konnte ich nicht nur den Beginn des Berliner Frühlings miterleben, sondern auch Alexanders zweite Rede, die ihm sehr gelungen ist.

Ich freue mich sehr, das spannende Tagesgeschäft im Bundestag für ein paar Wochen miterlebt und durch Alexander und sein tolles Team hier in Berlin viele neue Eindrücke gewonnen zu haben.

Merci beaucoup und bis zum nächsten Mal in Heidelberg!

Termine, Termine, Termine...

Die nächsten neun Tage bin ich wieder im Wahlkreis unterwegs und freue mich wie immer auf die vielen unterschiedlichen Termine und Gespräche, die mich erwarten.

Am kommenden Sonntag bin ich beispielsweise zu Gast bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „(Klima)kommunikation zwischen den Generationen“. Informationen finden Sie hier.

Eine Woche später findet dann die Stichwahl zum Bürgermeister in Ilvesheim statt. Ich bitte Sie deswegen – gehen Sie zur Wahl, nutzen Sie das demokratische Privileg und machen Sie Ihr Kreuz an der richtigen Stelle. Ich hoffe natürlich, dass ich am Sonntagabend gemeinsam mit Andreas Metz feiern kann, mit dem ich schon lange eine vertrauensvolle Zusammenarbeit pflege.

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter beziehen möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen Link kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

KONTAKT

Berliner Büro
Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin
E-Mail: alexander.foehr@bundestag.de
Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro
Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim
E-Mail: alexander.foehr.wk@bundestag.de
Telefon: 06221 608080